

PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L/NOFORN

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Official Bulletins of the Ministry
of Labor and Training (*discussion of
labor safety measures, group
insurance, wage modification
regulations and shortening the work
week*)

DATE DISTR.

13 AUG 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT NO. RD

REFERENCES

DATE OF INFO.

PLACE & DATE ACQ

25X1

ORIGINAL OF CONTENT IS TENTATIVE

1. *Verfügungen und Mitteilungen*
des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung (Bulletins of the Ministry
of Labor and Training) for 5 and 29 March 1957.
2. The 5 March issue contains, among others, the following items:
 - a. Regulation 20 concerning safety measures
 - b. Group insurance
 - c. Addresses of the Bezirk and Kreis labor courts.
3. The 29 March issue contains, among others, the following items:
 - a. Regulations concerning wage modifications in 1956
 - b. Analysis of the shortening of the working week

(16 pages in German)

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC				
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by " ")

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung

1957	Berlin, den 5. März 1957	Nr. 1
------	--------------------------	-------

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
1. Verfügung über die Änderung der Dienstbezeichnung der leitenden Kräfte im Berufsschulwesen	1	5. Leistungsnachweise über die Berufsausbildung	2
2. Arbeitsschutzanordnung 20 — Erste Hilfe und Verhalten bei Unfällen	1	6. Anschriften der Bezirks- und Kreisarbeitsgerichte mit dem Stand vom 1. 11. 1956	2
3. Nachtrag Nr. 4 zum Sammelversicherungsvertrag Nr. 20 00 016 17 für die Gruppenunfallversicherung	2	7. Hinweise des volkseigenen Verlages VOLK UND WISSEN, Berlin	5
4. Praktischer Einsatz der Schülerinnen der Klassen für Wirtschaftspflege	2	8. Mitteilung des Deutschen Zentralinstituts für Lehrmittel	5

VERFÜGUNGEN

Änderung der Dienstbezeichnung der leitenden Kräfte im Berufsschulwesen

Mit Wirkung vom 1. Januar 1957 wird die Bezeichnung „Schulleiter“ in „Direktor“ geändert.

Folgende werden nachstehende Dienstbezeichnungen zum 1. Januar 1957 geführt:

1. **Betriebsberufsschulen**
 - a) Direktor der Betriebsberufsschule
 - b) Stellvertreter des Direktors
 - c) Abteilungsleiter
 - d) Instrukteur für Kultur und Sport
 - e) Berufsschullehrer
2. **Berufsschulen**
 - a) Direktor der Berufsschule
 - b) Stellvertreter des Direktors
 - c) Berufsschullehrer

Berlin, den 14. 12. 1956

Wießner
Stellv. d. Ministers

Betr.: Arbeitsschutzanordnung 20 — Erste Hilfe und Verhalten bei Unfällen

Die Neufassung der Arbeitsschutzanordnung 20 ist in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Gesundheitswesen, der Akademie für Sozialhygiene, Arbeitshygiene und ärztliche Fortbildung sowie dem Deutschen Roten

Kreuz erfolgt. Der Zentralvorstand der Gewerkschaft Gesundheitswesen hat seine Zustimmung erteilt. Die Neufassung berücksichtigt die Veränderung in der Ausbildung und Anleitung der Gesundheitshelfer durch das Deutsche Rote Kreuz. Ziel ist, einen möglichst großen Kreis der Bevölkerung in der Ersten Hilfe auszubilden, damit bei leichten Verletzungen bzw. leichtem Unwohlsein während der Arbeit und im Haushalt sofort eine Hilfe geleistet werden kann. Damit sollen die Ärzte und das medizinische Personal einschließlich der Betriebsarztstellen, Betriebsambulatorien und -polikliniken entlastet werden.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß in den einzelnen Arbeitsgruppen, Werkstätten und Abteilungen Gesundheitshelfer anwesend sind und entsprechend den üblichen Anforderungen Verbandsmaterial vorhanden ist. In der Anlage zur Arbeitsschutzanordnung 20 sind deshalb die Typengrößen der geforderten Verbandskästen vom Ministerium für Gesundheitswesen festgelegt. Da erkannt ist, daß der Sprung zwischen den Verbandskästen III und IV materialmäßig zu groß ist, wird das Ministerium für Gesundheitswesen noch eine Zwischengröße festlegen. Die mit der Arbeitsschutzanordnung 20 gestellten Forderungen gelten bei Neueinrichtungen bzw. totalem Verschleiß der vorhandenen Verbandskästen. In bereits eingerichteten Betrieben ist in Zweifelsfällen unter Hinzuziehung des Betriebs- bzw. Kreisarztes zu entscheiden, ob auf Grund der örtlichen Lage und der Qualität der vorhandenen Verbandskästen diese bis zum Verschleiß beibehalten werden bzw. mehrere kleine Verbandskästen statt eines Kastens mit größerem Inhalt zweckmäßiger sind. Unter gleichen Gesichtspunkten ist für die Bereitstellung der Tragbahnen und Decken zu verfahren.

Neben der sofortigen Meldung bei schweren oder tödlichen Unfällen, Massenunfällen, größeren Schadensfällen, großen Bränden und Explosionen besteht die Verpflichtung der Betriebsleiter, jeden Betriebsunfall, der mehr als 3 Tage Arbeitsausfall hat, spätestens am 4. Tag nach dem Unfall der für den Unfall zuständigen Arbeitsschutzinspektion anzuzeigen.

Eine entsprechende Änderung des § 42 der Verordnung vom 25. 10. 1951 zum Schutze der Arbeitskraft wird erfolgen.

Berlin, den 2. November 1956

Heinicke
Stellv. d. Ministers

Mitteilungen

Nachtrag Nr. 4 zum Sammelversicherungsvertrag Nr. 20/00/016/17 für die Gruppenunfallversicherung

Mit sofortiger Wirkung wird der § 3 des Vertrages wie folgt erweitert:

„Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf Unfälle, die den Schülern und Studierenden bei ihren praktischen Unterweisungen in Betrieben zustoßen. Voraussetzung hierfür ist, daß die Schüler und Studierenden während dieser Zeit durch einen mit der Unterweisung beauftragten Betriebsangehörigen beaufsichtigt werden.“

Berlin, den 28. 11. 1956

Zugleich im Namen der Vereinigten
Großberliner Versicherungsanstalt
Deutsche Versicherungs-Anstalt
— Hauptverwaltung —
Gohlke
Abteilungsleiter

Praktischer Einsatz der Schülerinnen der Klassen für Wirtschaftspflege

Auf Grund der Richtlinie vom 21. 4. 56 für den Unterricht in Klassen für Wirtschaftspflege (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Arbeit und Berufsbildung Nr. 3. 56) sind zur Gewährleistung des praktischen Unterrichts in diesen Klassen von den Berufsschulen Verträge mit Großküchen, Wäschereien, Heimen und anderen den Erfordernissen des Lehrplans entsprechenden Einrichtungen zu schließen.

Wir halten die schriftliche Form solcher Verträge für zweckmäßig und veröffentlichen nachstehend das Muster eines Vertrages zwischen einer Berufsschule und einem Betrieb.

Berlin, den 7. 1. 1957

Habrecht
Hauptabteilungsleiter

Muster VERTRAG

zwischen der Berufsschule (Ort, Straße)

vertreten durch den (Name und Sitz des Betriebes)

vertreten durch den wird folgender Vertrag abgeschlossen:

Der Betrieb erklärt sich bereit, Schülerinnen der Wirtschaftspflegeklasse der Berufsschule als

(z. B. Küchenhilfen)

praktisch zu unterweisen.

Die Zeit für die praktische Unterweisung wird zwischen dem Betrieb und der Berufsschule jeweils vereinbart.

Während der Dauer der Unterweisung übernimmt ein vom Leiter bzw. Inhaber des Betriebes benannter Mitarbeiter die Anleitung und Beaufsichtigung der Schülerinnen.

Der Versicherungsschutz ist durch die Gruppenunfallversicherung der Berufsschüler (Sammelversicherungsvertrag zwischen dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung und der Deutschen Versicherungsanstalt) gewährleistet.

den 195...

(für den Betrieb)

(für die Berufsschule)

Leistungsnachweise über die Berufsausbildung

Folgende Leistungsnachweise können ab Mitte Februar 1957 beim Vordruck-Leitverlag Dresden bezogen werden:

1. Leistungsnachweis über die Berufsausbildung.
Dieses Formular gilt für alle Lehrberufe, da Unterrichtsfächer nicht mehr vorgedruckt, sondern entsprechend der jeweiligen Studentafel einzutragen sind.
2. Leistungsnachweis über die Berufsausbildung für Stenotypistinnen.
3. Leistungsnachweis für Jugendliche ohne Lehrberuf.

Berlin, den 28. 1. 1957

Gollnow
i. V. des Abteilungsleiters

Anschriften der Bezirks- und Kreisarbeitgerichte mit dem Stand vom 1. 11. 1956

Bezirksarbeitsgericht Potsdam, Friedrich-Ebert-Straße 79—81

1. Kreisarbeitsgericht Potsdam, Friedrich-Ebert-Straße 79—81,
zuständig für Stadt- und Landkreis Potsdam,
„ „ Kreis Nauen.
2. Kreisarbeitsgericht Brandenburg, Neust. Markt 21/22,
zuständig für Stadt- und Landkreis Brandenburg,
„ „ Kreis Rathenow,
„ „ „ Belzig.
3. Kreisarbeitsgericht Kyritz, Wilhelm-Pieck-Str. 10/11,
zuständig für Kreis Kyritz,
„ „ „ Pritzwalk,
„ „ „ Wittstock.
4. Kreisarbeitsgericht Oranienburg, Lehnitzstraße 21,
zuständig für Kreis Oranienburg,
„ „ „ Gransee,
„ „ „ Neuruppin.
5. Kreisarbeitsgericht Luckenwalde, Puschkinstr. 36a,
zuständig für Kreis Luckenwalde,
„ „ „ Jüterbog.
6. Kreisarbeitsgericht Zossen, Verlängerte Fischerstr.,
zuständig für Kreis Zossen,
„ „ „ Königs Wusterhausen

Bezirksarbeitsgericht Cottbus, Berliner Straße 2

1. Kreisarbeitsgericht Cottbus, Berliner Str. 2,
zuständig für Kreis Cottbus,
„ „ „ Spremberg.

2. Kreisarbeitsgericht Lützen, Bergstraße 23,
zuständig für Kreis Lützen,
" " " Luckau,
" " " Calau.
3. Kreisarbeitsgericht Forst, Am Keunischen Graben 4,
zuständig für Kreis Forst,
" " " Guben,
" " " Weißwasser.
4. Kreisarbeitsgericht Senftenberg, Thälmannstr. 68,
zuständig für Kreis Senftenberg,
" " " Finsterwalde,
" " " Hoyerswerda.
5. Kreisarbeitsgericht Herzberg, Karl-Marx-Platz 1,
zuständig für Kreis Herzberg,
" " " Jessen,
" " " Liebenwerda.

- Kreisarbeitsgericht Frankfurt, Wilhelm-Pieck-Str. 3/4**
- Kreisarbeitsgericht Frankfurt, Wilhelm-Pieck-
Straße 3/4,
zuständig für Stadtkreis Frankfurt,
" " " Stalinstadt,
" " " Kreis Seelow,
" " " Fürstenberg.
2. Kreisarbeitsgericht Eberswalde, Schicklerstraße 1,
zuständig für Kreis Eberswalde,
" " " Bad Freienwalde,
" " " Bernau.
 3. Kreisarbeitsgericht Angermünde,
zuständig für Kreis Angermünde.
 4. Kreisarbeitsgericht Fürstenwalde,
Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 47,
zuständig für Kreis Fürstenwalde,
" " " Strausberg,
" " " Beeskow.

Bezirksarbeitsgericht Schwerin, Karl-Marx-Straße 32

1. Kreisarbeitsgericht Schwerin, Karl-Marx-Straße 32,
zuständig für Stadt- und Landkreis Schwerin,
" " " Kreis Gadebusch,
" " " Sternberg.
2. Kreisarbeitsgericht Hagenow, Wilhelm-Pieck-Str. 94,
zuständig für Kreis Hagenow.
3. Kreisarbeitsgericht Wittenberge, Rathausstraße 42,
zuständig für Kreis Perleberg.
4. Kreisarbeitsgericht Ludwigslust, Kanalstraße 16,
zuständig für Kreis Ludwigslust.
5. Kreisarbeitsgericht Parchim, Rathaus,
zuständig für Kreis Parchim,
" " " Lübz.
6. Kreisarbeitsgericht Güstrow, Domstraße 8,
zuständig für Kreis Güstrow,
" " " Bützow.

Bezirksarbeitsgericht Rostock, Stalinstraße 13/14

1. Kreisarbeitsgericht Rostock, Stalinstraße 13/14,
zuständig für Stadt- und Landkreis Rostock,
" " " Kreis Bad Doberan.
2. Kreisarbeitsgericht Wismar, Hegede 29,
zuständig für Stadt- und Landkreis Wismar,
" " " Kreis Grevesmühlen.
3. Kreisarbeitsgericht Bergen Rügen, Schulstraße 1,
zuständig für Kreis Bergen,
" " " Putbus.
4. Kreisarbeitsgericht Stralsund, Heil.-Geist-Str.,
zuständig für Stadt- und Landkreis Stralsund,
" " " Kreis Ribnitz-Damgarten

5. Kreisarbeitsgericht Greifswald, Andersen-Nexo-
Platz,
zuständig für Kreis Greifswald,
" " " Grimmen.
6. Kreisarbeitsgericht Wolgast, Wilhelmstraße 58,
zuständig für Kreis Wolgast.

Bezirksarbeitsgericht Neubrandenburg, Pfaffenstr. 20

1. Kreisarbeitsgericht Neubrandenburg, Pfaffenstr. 20,
zuständig für Kreis Neubrandenburg,
" " " Straßburg,
" " " Altentreptow.
2. Kreisarbeitsgericht Waren, Straße der Freund-
schaft 26,
zuständig für Kreis Waren,
" " " Röbel.
3. Kreisarbeitsgericht Malchin, Rathaus,
zuständig für Kreis Malchin,
" " " Teterow.
4. Kreisarbeitsgericht Prenzlau, Puschkinstraße 2,
zuständig für Kreis Prenzlau,
" " " Pasewalk.
5. Kreisarbeitsgericht Uckermünde, Gerichtstraße,
zuständig für Kreis Uckermünde,
" " " Anklam.
6. Kreisarbeitsgericht Neustrelitz, Rudolf-Breitscheid-
Straße 2,
zuständig für Kreis Neustrelitz,
" " " Templin.
7. Kreisarbeitsgericht Demmin, Clara-Zetkin-Str. 14,
zuständig für Kreis Demmin.

Bezirksarbeitsgericht Dresden A 1, Leubnitzer Str. 28

1. Kreisarbeitsgericht Dresden A 1, Leubnitzer Str. 28,
zuständig für Stadt- und Landkreis Dresden,
" " " Kreis Freital.
2. Kreisarbeitsgericht Pirna, Dr.-Külz-Straße 10,
zuständig für Kreis Pirna,
" " " Sebnitz,
" " " Dippoldiswalde.
3. Kreisarbeitsgericht Meißen, Hafenstraße 9,
zuständig für Kreis Meißen,
" " " Riesa,
" " " Großenhain.
4. Kreisarbeitsgericht Bautzen, Burgplatz 6,
zuständig für Kreis Bautzen,
" " " Kamenz,
" " " Bischofswerda.
5. Kreisarbeitsgericht Görlitz, Platz der Befreiung 18,
zuständig für Stadt- und Landkreis Görlitz,
" " " Kreis Niesky.
6. Kreisarbeitsgericht Zittau, Straße der Einheit 10,
zuständig für Kreis Zittau,
" " " Löbau.

Bezirksarbeitsgericht Leipzig C 1, Bosestraße 4

1. Kreisarbeitsgericht Leipzig C 1, Bosestraße 4,
zuständig für Stadt- und Landkreis Leipzig.
2. Kreisarbeitsgericht Altenburg, Moskauer Str. 5,
zuständig für Kreis Altenburg,
" " " Schmöln.
3. Kreisarbeitsgericht Borna, Röthaer Straße 2,
zuständig für Kreis Borna,
" " " Geithain.
4. Kreisarbeitsgericht Döbeln, Rosa-Luxemburg-Str. 18,
zuständig für Kreis Döbeln,
" " " Oschatz

5. Kreisarbeitsgericht Grimma, Klosterstraße 9,
zuständig für Kreis Grimma,
" " Wurzen.
6. Kreisarbeitsgericht Torgau, Rosa-Luxemburg-Pl. 14.
zuständig für Kreis Eilenburg,
" " Torgau.
7. Kreisarbeitsgericht Delitzsch, Stalinplatz 3,
zuständig für Kreis Delitzsch.

Bezirksarbeitsgericht Karl-Marx-Stadt, Lohstraße 9

1. Kreisarbeitsgericht Karl-Marx-Stadt, Lohstraße 9,
zuständig für Stadt- und Landkreis Karl-Marx-
Stadt,
" " Kreis Flöha,
" " " Rochlitz,
" " " Stollberg,
" " " Hainichen,
" " " Zschopau.
Kreisarbeitsgericht Freiberg, Obermarkt, Rathaus.
zuständig für Kreis Freiberg,
" " " Brand-Erbisdorf.
3. Kreisarbeitsgericht Zwickau, Kornmarkt 8,
zuständig für Stadt- und Landkreis Zwickau,
" " Kreis Werdau,
" " " Glauchau,
" " " Hohenstein-Ernstthal.
4. Kreisarbeitsgericht Annaberg, Lindenstraße 29.
zuständig für Kreis Annaberg,
" " " Marienberg.
5. Kreisarbeitsgericht Aue, Goethestraße 5,
zuständig für Kreis Aue,
" " " Schwarzenberg,
" " " Stadtkreis Schneeberg,
" " " Johann-Georgenstadt.
6. Kreisarbeitsgericht Plauen, Amtsberg,
zuständig für Stadt- und Landkreis Plauen.
" " Kreis Oelsnitz,
" " " Reichenbach.
7. Kreisarbeitsgericht Auerbach, Mühlgrüner Str. 2,
zuständig für Kreis Auerbach,
" " " Klingenthal.

Bezirksarbeitsgericht Magdeburg, Halberstädter Str. 8

1. Kreisarbeitsgericht Magdeburg, Halberstädter Str. 8,
zuständig für Stadtkreis Magdeburg,
" " Kreis Wolmirstedt,
" " " Schönebeck,
" " " Haldensleben,
" " " Zerbst,
" " " Wanzleben.
2. Kreisarbeitsgericht Staßfurt,
zuständig für Kreis Staßfurt.
3. Kreisarbeitsgericht Burg, Berliner Straße 42,
zuständig für Kreis Burg,
" " " Loburg,
" " " Genthin.
4. Kreisarbeitsgericht Stendal,
zuständig für Kreis Stendal,
" " " Osterburg,
" " " Seehausen,
" " " Havelberg,
" " " Tangerhütte.
5. Kreisarbeitsgericht Gardelegen, Bahnhofstraße 42,
zuständig für Kreis Gardelegen,
" " " Salzwedel,
" " " Klötze,
" " " Calbe.
6. Kreisarbeitsgericht Halberstadt, Richard-Wagner-
Straße 52,
zuständig für Kreis Halberstadt,
" " " Wernigerode,
" " " Oschersleben

Bezirksarbeitsgericht Halle, Hansering 13

1. Kreisarbeitsgericht Halle, Hansering 13,
zuständig für Stadtkreis Halle und Saalkreis.
2. Kreisarbeitsgericht Bernburg, Franzstraße 34a.
zuständig für Kreis Bernburg.
3. Kreisarbeitsgericht Köthen, Ernst-Thälmann-
Straße 27a,
zuständig für Kreis Köthen.
4. Kreisarbeitsgericht Eisleben, Jonny-Scheer-Str. 40.
zuständig für Kreis Eisleben.
5. Kreisarbeitsgericht Sangerhausen, Markt 3,
zuständig für Kreis Sangerhausen,
" " " Artern.
6. Kreisarbeitsgericht Bitterfeld, Leninstraße 9.
zuständig für Kreis Bitterfeld.
7. Kreisarbeitsgericht Dessau, Willy-Lohmann-Str. 22a.
zuständig für Stadt- und Landkreis Dessau,
" " Kreis Roßlau.
8. Kreisarbeitsgericht Wittenberg, Dessauer Str. 123.
zuständig für Kreis Wittenberg,
" " " Gräfenhainichen.
9. Kreisarbeitsgericht Merseburg, Domplatz 9,
zuständig für Kreis Merseburg.
10. Kreisarbeitsgericht Querfurt, Otto-Dietrich-Straße.
zuständig für Kreis Querfurt,
" " " Nebra.
11. Kreisarbeitsgericht Weißenfels, Rudolf-Breitscheid-
Straße 18,
zuständig für Kreis Weißenfels,
" " " Naumburg,
" " " Hohenmölsen.
12. Kreisarbeitsgericht Zeitz, Platz der Einheit.
zuständig für Kreis Zeitz.
13. Kreisarbeitsgericht Aschersleben, Burgplatz 3,
zuständig für Kreis Aschersleben,
" " " Hettstedt.
14. Kreisarbeitsgericht Quedlinburg, Kornmarkt 5,
zuständig für Kreis Quedlinburg.

Bezirksarbeitsgericht Erfurt, Regierungsstraße 73

1. Kreisarbeitsgericht Erfurt, Regierungsstr. 73,
zuständig für Stadt- und Landkreis Erfurt.
" " Kreis Sömmerda.
2. Kreisarbeitsgericht Arnstadt, Oberbaurat-Acker-
Straße 15,
zuständig für Kreis Arnstadt,
" " " Ilmenau (Bez. Suhl).
3. Kreisarbeitsgericht Weimar, Goetheplatz 9,
zuständig für Stadt- und Landkreis Weimar.
" " Kreis Apolda.
4. Kreisarbeitsgericht Gotha, Karl-Marx-Straße 2.
zuständig für Kreis Gotha.
5. Kreisarbeitsgericht Eisenach, Leninplatz 5.
zuständig für Kreis Eisenach,
" " " Bad Salzungen (Bez. Suhl)
6. Kreisarbeitsgericht Mühlhausen, Wilhelm-Pieck-
Straße 16,
zuständig für Kreis Mühlhausen.
" " " Langensalza,
" " " Heiligenstadt,
" " " Worbis.
7. Kreisarbeitsgericht Nordhausen, Leninallee 36.
zuständig für Kreis Nordhausen,
" " " Sondershausen

Bezirksarbeitsgericht Suhl, Schleusinger Straße 26

1. Kreisarbeitsgericht Suhl, Schleusinger Straße 26,
zuständig für Kreis Suhl,
" " " Schmalkalden.
2. Kreisarbeitsgericht Meiningen, Ernst-Thälmann-
Straße 21,
zuständig für Kreis Meiningen.
" " " Hildburghausen.
3. Kreisarbeitsgericht Sonneberg, Marktstraße 2.
zuständig für Kreis Sonneberg.
" " " Neuhaus.

Bezirksarbeitsgericht Gera, Markt 17

1. Kreisarbeitsgericht Gera, Markt 17,
zuständig für Stadt- und Landkreis Gera.
" " " Kreis Schleiz,
" " " Greiz,
" " " Zeulenroda.
2. Kreisarbeitsgericht Saalfeld, Dürerstraße 5.
zuständig für Kreis Saalfeld,
" " " Rudolstadt,
" " " Pößneck,
" " " Lobenstein.
3. Kreisarbeitsgericht Jena, Lößberggraben 12.
zuständig für Stadt- und Landkreis Jena.
" " " Kreis Stadtroda,
" " " Eisenberg.

**Hinweise des volkseigenen Verlages
VOLK UND WISSEN Berlin**

**Anleitungen für die praktische Ausbildung in der
Landwirtschaft**

Diese neue, langerwartete Schriftenreihe wird jetzt von unserem Verlag herausgegeben.

Von namhaften Wissenschaftlern, Fachleuten, Berufsschullehrern und Ausbildern entwickelt, gibt sie in anschaulicher Weise eine Anleitung für das Erklären und Erlernen der richtigen und zweckmäßigsten Handgriffe. Die einzelnen Themen wurden auf Grund von Arbeitsgängen in die Elemente der wichtigsten und häufigsten Arbeitsvorgänge aufgelöst und in anschaulicher, übersichtlicher Weise durch Wort, Bild und Skizze dargestellt.

Als eine zweckmäßige Ergänzung der Lehrbücher versetzt diese Schriftenreihe den Lehrausbilder in die Lage, den Unterrichtsstoff systematisch und methodisch richtig zu vermitteln.

Dadurch wird die Einheit zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung gesichert.

Diese Anleitungen eignen sich auch vorzüglich für jeden in der Landwirtschaft Tätigen, der sich qualifizieren, das Erlernete ständig vertiefen und festigen will.

Reihe I: Acker- und Pflanzenbau

	Bestell-Nr.	
Fahren mit zwei Pferden	474 02	—,45 DM
Herrichten der Sense, Mähen, Ab- raffen und Binden	474 03	—,45 DM
Zubereiten von Saat- und Pflanz- gut	474 10 etwa	—,60 DM
Bauen von Koppelanlagen	474 11	—,70 DM
Vermessungsarbeiten, Feldmessen	474 12 etwa	—,45 DM
Selektieren von Kartoffeln	474 15	—,30 DM
Speicherarbeiten	474 33 etwa	—,60 DM
Arbeiten beim Kompostieren	474 34	—,30 DM

Reihe II: Tierzucht

	Bestell-Nr.	
Handmelken	474 01	—,30 DM
Pferchen der Schafe	474 04	—,30 DM
Trächtigkeit und Geburt des Rindes	474 05	—,60 DM
Maschinelles Melken	474 06	—,90 DM
Hufpflege	474 07	—,60 DM
Klauenpflege	474 31	—,45 DM
Treiben und Hüten der Schafe ..	474 32	—,70 DM
Alle Hefte 16 bis 36 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Format DIN C 5, broschiert.		

Diese Reihen werden durch weitere Themen fortgesetzt.

Berlin, den 1. November 1956

**VOLK UND WISSEN
VOLKSEIGENER VERLAG
Werbeabteilung**

**Mitteilung
des Deutschen Zentralinstituts für Lehrmittel**

Betrifft: Zurückziehung von Unterrichtsfilmen.

Der Unterrichtsfilm

BF 9 Schlachten eines Hammels

wird mit sofortiger Wirkung aus dem Verkehr gezogen, weil er nach seinem Inhalt und den dargestellten Methoden überholt ist. — Die Kreisbildstellen geben diese Kopie zu Übungszwecken an die Pädagogischen Institute und Institute für Lehrerbildung.

Berlin, den 28. September 1956

Betrifft: Berichtigung.

In der Mitteilung E 134 vom 14. 8. 1956 (Auslieferung von Unterrichtsfilmen, Lichtbildreihen und Druckmaterialien an die Kreisbildstellen) muß es unter a) richtig heißen

BF 366 Siemens-Martin-Ofen I

Berlin, den 3. 10. 1956

Im Monat September wurden ausgeliefert:

a) Unterrichtsfilme

F 622 Arbeitsweise des Uranreaktors. Physik. Oberstufe 1 Rolle 30 m

b) Lichtbildreihen

BR 50 Herstellung einer Druckgußform, Fachkunde Metall 20 Bilder

BR 78 Verbandslehre II, Fachkunde Anatomie 26 Bilder

LR 59 Kastration männl. Ferkel, Facharbeiter für Tierzucht 17 Bilder

c) Magnettonbänder

MB—A 57 Befreiungskrieg 1813 (I) Geschichte, Mittelstufe 25 Minuten

MB—A 58 Befreiungskrieg 1813 (II) Geschichte, Mittelstufe 28 Minuten

MB—B 3 Das siebte Kreuz, Geschichte, Mittelstufe 32 Minuten

MB—H 2 Russisch: Sprechfertigkeit, Entwicklung II, Lehreraus- u. Weiterbildung 10 Minuten

a) Beihefte zu Unterrichtsfilmen

- BF 362 Bau einer Betonstraße III:
Fugenausbildung
- e) Lichtbilder-Erläuterungsblätter
R 239 Margarineherstellung
- f) Beihefte zu Magnettonbändern
MB—A 44 Englisch II: (Aus dem engl. Lehrbuch I)
The Ballad of Mr. Jones
- MB—H 1 Russisch: Sprechfertigkeitentwicklung I
(12. Klasse)

- g) Anleitungen zur Selbsterstellung
von Lehrmitteln
- Anleitung Nr. 7 (A) Demonstrationsmodell einer
elektrischen Klingel
- Anleitung Nr. 8 (A) Demonstrationsmodell
„Morsestation“
- Anleitung Nr. 10 (A) Demonstrationsmodell eines
„Ohrenfedermanometers“
- Anleitung Nr. 11 (A u. B) Demonstrationsmodell
a) einer Schmelzsicherung
b) einer Bimetallsicherung

Im Monat Oktober wurden ausgeliefert:

- a) Unterrichtsfilme
F 623 Umwandlung von Atom-
kernen. Physik, Oberschule 1 Rolle 61 m
- b) Lichtbildreihen
- BR 67 Arznei- und Gewürzpflan-
zen I: Wurzeln und Wurzel-
stöcke
Fachunterricht Biologie 32 Bilder
- BR 68 Arznei- und Gewürzpflan-
zen II: Blätter
Fachunterricht Biologie 36 Bilder
- BR 69 Arznei- und Gewürzpflan-
zen III: Blüten
Fachunterricht Biologie 36 Bilder
- BR 70 Arznei- und Gewürzpflan-
zen IV: Kräuter
Fachunterricht Biologie 29 Bilder
- BR 75 Muskulatur
Fachkunde Anatomie 41 Bilder
- BR 76 Skelett
Fachkunde Anatomie 40 Bilder
- BR 77 Verbandlehre I: Abschnür-
verbände
Fachkunde Anatomie 38 Bilder
- BR 79 Verbandlehre III: Binden-
verbände von der Schulter
bis zur Hand
Fachkunde Anatomie 29 Bilder
- BR 80 Verbandlehre IV: Binden-
verbände von Rumpf und
Beinen
Fachkunde Anatomie 30 Bilder
- BR 81 Verbandlehre V: Stütz- und
Schienenverbände
Fachkunde Anatomie 34 Bilder
- LR 60 Struktur des Bodens
Facharbeiter für Ackerwirt-
schaft, Pflanzenbau, Genos-
senschaftsbauer 26 Bilder
- c) Magnettonbänder
MB—A 65 Russisch Phonetik I
Russischunterricht Mittel-
und Oberstufe 16 Minuten

Russischunterricht Mittel-
und Oberstufe 17 Minuten
Außerdem:
Leerband

Im Monat November wurden ausgeliefert:

- a) Unterrichtsfilme
BF 365 Feilen III: Kraftwirkung
beim Feilen — Gewerbl.
Berufsschulen, Fachschulen,
Fachrichtung Metall 1 Rolle 53 m
- BF 368 Blätterteig I: Schichtenbil-
dung — Berufsschulen,
Bäcker, Konditoren 1 Rolle 88 m
- BF 369 Blätterteig II: Blätterteig-
lockerung — Berufsschulen,
Bäcker, Konditoren 1 Rolle 45 m

b) Lichtbildreihen

- R 14 Goethe I (Nachkopierung)
Deutsch, Mittel- u. Ober-
stufe 19 Bilder
- R 15 Goethe II (Nachkopierung)
Deutsch, Mittel- u. Ober-
stufe 18 Bilder
- BR 71 Arznei- und Gewürzpflan-
zen V: Kräuter 2
Fachunterricht Biologie 26 Bilder
(Color)
- BR 72 Arznei- und Gewürzpflan-
zen VI: Früchte und Samen
Fachunterricht Biologie 27 Bilder
(Color)

c) Magnettonbänder

- MB—A 60 Johann Sebastian Bach.
Instrumentalmusik
Musik, Oberstufe 19 1/4 Minuten
- MB—A 61 Johann Sebastian Bach.
Vokalmusik
Musik, Oberstufe 9 1/2 Minuten
- MB—A 62 Johann Sebastian Bach.
Matthäus-Passion
Musik, Oberstufe 20 1/2 Minuten
- MB—A 68 Russisch Phonetik IV
Russischunterricht,
Mittel- und Oberstufe 16 Minuten

d) Druckmaterialien

Verzeichnis der Unter-
richtsfilme, Lichtbildreihen
und Magnettonbänder

Im Monat Dezember 1956 wurden ausgeliefert:

- a) Unterrichtsfilme
F 97 Afrikanische Affen
(Nachkopierung)
Erdkunde, Mittelstufe 1 Rolle 104 m
- F 210 Stadtmaus und Feldmaus
(Nachkopierung)
Deutsch, Unterstufe 1 Rolle 129 m
- BF 353 Einziehen von Holzschrau-
ben — Fachkunde Holz 1 Rolle 96 m
- b) Lichtbildreihen
R 16 Goethe (Nachkopierung)
Deutsch, Mittel- und Ober-
stufe 20 Bilder
- ER 9 Theodor Körner
Außerschulische Erziehung 17 Bilder

ER 10	Adolf von Lützow Außerschulische Erziehung	11 Bilder	S-F 619	Die Kettenreaktion (Filmschleife)
BR 82	Verbandlehre VI: Abschnürverbände Fachkunde Anatomie	38 Bilder	F 621	Schwimmen bei Tieren
BR 83	Verbandlehre VII: Transport und Lagerung Verletzter Fachkunde Anatomie	25 Bilder	F 622	Arbeitsweise des Uranreaktors
LR 61	Haltung der Nutria Facharbeiter für Pelztier- zucht, Genossenschafts- bauer	31 Bilder	BF 61	Heliogravüre
c) Unterrichtsfilmbeihäfte			d) Lichtbildererläuterungsblätter	
F 600	Orientieren im Gelände mit Kompaß		LR 55	Bau eines Vorflutgrabens
601	Orientieren im Gelände ohne Kompaß		R 283	Gotthold Ephraim Lessing
			e) Magnettonbandbeihäfte	
			MB-A 59	Rede August Bebels zur Aufhebung des Sozialistengesetzes
			Deutsches Zentralinstitut für Lehrmittel	
			Hortzschansky	
			Direktor	

SCHRIFTENREIHE „ARBEIT UND SOZIALFÜRSORGE“

Heft	Titel	Preis
Heft 1	Erläuterungen zur Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werkstätten und über die Regelung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten 3., überarbeitete Auflage	1,80 DM
Heft 3	Das Recht der Schwerbeschädigten 5., verbesserte und ergänzte Auflage in Vorbereitung	
Heft 4	Erläuterungen zur Konfliktkommissionsverordnung 5., überarbeitete und ergänzte Auflage in Vorbereitung	
Heft 5	Das Reisekostenrecht in der Deutschen Demokratischen Republik 3., überarbeitete und ergänzte Auflage	1,10 DM
Heft 6	Das Sozialversicherungsrecht 2., überarbeitete Auflage	5,20 DM
Heft 8	Erläuterungen zum Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau	1,45 DM
Heft 9	Tbc-Fürsorge für Kranke und Rekonvaleszenten	2,50 DM
Heft 11	Vergütungsverordnung für Berufsschullehrer	1,80 DM
Heft 14	Das Urlaubsrecht 2., überarbeitete und ergänzte Auflage	1,80 DM
Heft 16	Das Kündigungsrecht	2,90 DM
Heft 17	Qualifizierung der Mitarbeiter der Abteilungen Arbeit	2,30 DM
Heft 18	Der Arbeitsvertrag	2,70 DM
Heft 19	Die Entwicklung des Arbeitsrechts in Deutschland	2,90 DM
Heft 24	Das arbeitsgerichtliche Verfahren	etwa 4,80 DM

Bestellungen bitten wir beim örtlichen Buchhandel oder
beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben

VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

**Das Arbeitsrecht
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Loseblattsammlung

Format DIN A 5 · Etwa 4000 Seiten

Preis einschließlich 4 Ordner und 1. bis 11. Nachtrag insgesamt 51,29 DM

Ergänzungslieferungen zum Blattpreis von 3 DM

SCHRIFTENREIHE ARBEITSRECHT, HEFT 1

**Die Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter
in den volkseigenen Betrieben
der Deutschen Demokratischen Republik**

Prof. D. Dr. Erwin Jacobi

Format 16×24 cm · 64 Seiten · Broschiert 2,40 DM

HEFT 2

**Das Recht auf Schutz der Arbeitskraft
in der Deutschen Demokratischen Republik**

E. Pätzold

Format 16×24 cm · 112 Seiten · Broschiert 4,— DM

**Die hauptsächlich gesetzlichen Bestimmungen
über die Arbeit der Arbeiter und Angestellten**

Eine Sammlung sowjetischer Materialien

Format 16×24 cm · 136 Seiten · Broschiert 7,30 DM

**Das Vorschlags- und Beschwerderecht der Werktätigen
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Dr. Wolfgang Menzel

Format 16×24 cm · 112 Seiten · Broschiert 5,10 DM

Bestellungen bitten wir beim örtlichen Buchhandel oder beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben. In Berlin sind unsere Bücher vorrätig beim Leibniz-Sortiment, Fachbuchhandlung für Rechts-, Staats-, Wirtschaftswissenschaft, Berlin W 8, Französische Straße 13



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

Es wird gebeten, dieses Mitteilungsblatt sofort dem Leiter Ihrer Dienststelle vorzulegen.

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung

1957	Berlin, den 29. März 1957	Nr. 2
------	---------------------------	-------

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Verfügung über die Veränderungen in der Entlohnung im Jahre 1956	I
2. Erläuterungen zur Ersten Durchführungsbestimmung vom 4. 2. 1957 zum Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit — Lohndirektive — (GBI. Teil I, Nr. 13, S. 117)	I

VERFÜGUNGEN

Veränderungen in der Entlohnung im Jahre 1956

Wirtschaftszweig Maschinenbau

1. Festlegung der Endgehälter T IV:
Lohntafel Metallurgie
Ortsklasse I bis zu 735,— DM
Ortsklasse II bis zu 680,— DM
Lohntafel Schwermaschinenbau
Ortsklasse I bis zu 730,— DM
Ortsklasse II bis zu 675,— DM
Lohntafel Allgemeiner Maschinenbau
Ortsklasse I bis zu 720,— DM
Ortsklasse II bis zu 665,— DM
Gültig ab 1. 8. 1956
(Veröffentlicht in „Verfügungen und Mitteilungen“ des Ministeriums für Schwermaschinenbau Nr. 5/1956.)
2. Leistungszuschlag bis zu 10% für Meister.
Gültig ab 1. 9. 1956
(Veröffentlicht in „Verfügungen und Mitteilungen“ der Ministerien für Schwermaschinenbau Nr. 12 und Allgemeiner Maschinenbau Nr. 14.)
3. Nachtrag zum Montageabkommen als Anlage zur Direktive der Ministerien für Schwermaschinenbau und Allgemeiner Maschinenbau und des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Metall zum Abschluß der Betriebskollektivverträge.
(Beinhaltet Vergütung der Wege- und Fahrzeit, wenn die Unterkunft des Monteurs mehr als 2,5 km Fußweg oder 30 Minuten Fahrzeit von der Montagestelle entfernt ist.)
Gültig ab 1. 9. 1956
Registriert unter der Nummer XIII 1 und 4 50 am 29. 9. 1956.

Wirtschaftszweig Bau- und Baustoffindustrie

1. Änderung der bestehenden Ortsklassenregelung in den Betrieben der volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Bauindustrie, sowie des Handwerks.
Gültig ab 1. 6. 1956
(Beschluß Nr. 36/4 des Präsidiums des Ministerrates vom 1. 6. 1956.)
Anordnung des Ministers für Aufbau vom 5. 8. 1956 an alle zentralgeleiteten Betriebe und an die Abteilungen Aufbau bei den Räten der Bezirke.
2. Gewährung von Sonderprämien bei der Durchführung einiger Bauvorhaben von besonderer Bedeutung.
Gültig ab 25. 8. 1956
für die Bauvorhaben „Schwarze Pumpe“, Wohnstadt Hoyerswerda, Kraftwerke Trattendorf, Hirschfelde, Berzdorf, Großkokerei Lauchhammer.

Wirtschaftszweig Kohle und Energie

1. Nachtrag für die Gehaltsgruppen der Ingenieure, Techniker und Meister in den Betrieben, die der HV Elektroenergie unterstehen.
Gültig ab 1. 3. 1956
Registriert unter der Nummer VII 1/62 am 4. 12. 1956.
(Anweisung der Hauptverwaltung am 20. 2. 1956 an die Betriebe.)
2. Angleichung der Entlohnung der Produktionsarbeiter, ingenieurtechnisches Personal und Meister der Betriebe der Hauptverwaltung Gas an die Lohnsätze der in den Betrieben der Hauptverwaltung Elektroenergie Beschäftigten.
Gültig ab 1. 8. 1956
(Dienstanweisung der Hauptverwaltung Gas an die Betriebe im August 1956.)

8. Nachtrag zum Lohn- und Gehaltsabkommen der Deutschen Handelszentrale Kohle vom 23. 10. 1952.
Gültig ab 7. 11. 1956
Registriert unter der Nummer X/6/55 am 7. 11. 1956.
(Druckstücke wurden an die Räte der Bezirke gesandt.)

Wirtschaftszweig Leichtindustrie

1. Vereinbarung über die Aufhebung der Ortsklassen C und D für Privatbetriebe und Aufhebung der Länderklassen im Wirtschaftszweig Textil.
(Diese Vereinbarung enthält die gleichen Bestimmungen, wie sie im Beschluß über die Aufhebung der Ortsklassen C und D für die sozialistische Wirtschaft festgelegt sind. GBl. I Nr. 84/56.)
Gültig ab 1. 10. 1956
Registriert unter der Nummer XVII 2-49 am 24. 9. 1956.
2. Nachtrag zum Tarifvertrag für die Handwerksbetriebe der Holz-Be- und -Verarbeitung, Musikinstrumentenherstellung und Herstellung von Kulturwaren in der Deutschen Demokratischen Republik.
(Im § 1, Abs. 2, und im § 2, Abs. 4, wurden in der Überschrift unter A die Worte „außer Modellbau“ und in der Überschrift unter C die Worte „und des Modellbaues“ hinzugefügt.)
Gültig ab 29. 12. 1956
Registriert unter der Nummer I/4/61 am 29. 11. 1956.
(Druckstücke werden den Räten der Bezirke zugestellt nach Eingang der Druckexemplare.)
3. Nachtrag zum Tarifvertrag für die privatkapitalistischen Betriebe des Wirtschaftszweiges Textil in der Deutschen Demokratischen Republik.
(Beinhaltet eine Erweiterung der Tätigkeitsmerkmale für die Arbeiter in der Strickereilindustrie.)
Gültig ab 29. 11. 1956
Registriert unter der Nummer III/1/60 am 29. 11. 1956.
(Druckstücke werden den Räten der Bezirke zugestellt nach Eingang der Druckexemplare.)

Wirtschaftszweig Post- und Fernmeldewesen

1. Einführung von Dienstaltersprämien und Zusatzurlaub für die Beschäftigten der Deutschen Post.
Gültig ab 1. 7. 1956
(Veröffentlicht in „Verfügungen und Mitteilungen“ des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen Nr. 21a vom 4. 7. 1956.)
2. Nachtrag 1956 zu den Lohnanlagen im Post-, Fernmelde- und Funkwesen in der Deutschen Demokratischen Republik und zum Anhang Groß-Berlin.
Gültig ab 28. 11. 1956
Registriert unter der Nummer XV/1—3/59 am 28. 11. 1956.
(Druckstücke wurden den Räten der Bezirke zugestellt.)

Wirtschaftszweig Verkehrswesen

1. Einführung einer Altersversorgung für Eisenbahner.
Gültig ab 1. 1. 1956
(Ministerratsbeschuß vom 18. 10. 1956.)
2. Erhöhung der Entlohnung für das ingenieurtechnische Personal und für Meister in bestimmten Betrieben des Seektors.

Inhalt: Anwendung des Tarifs Eisenbahn für die VEB Seebaggerei, Seereederei und Hilfsbergung und -Taucherei.

Gültig ab 1. 4. 1956

(Rat des Bezirkes Rostock wurde im April 1956 durch die Hauptverwaltung informiert.)

3. Angleichung der Entlohnung der Beschäftigten bei den Hafenbahnen an die Eisenbahnerentlohnung.
Gültig ab 1. 4. 1956
4. Erhöhung der Entlohnung der Offiziere der Küstenmotorschiffe in der Zweiwachsfahrt.
Gültig ab 1. 4. 1956
(Rat des Bezirkes Rostock wurde im April 1956 durch die Hauptverwaltung informiert.)
5. Einführung von Prämienzeitlohnsystemen für KOM-Fahrer und für Arbeiter in Regiewerkstätten des Kraftverkehrs.
Gültig ab 1. 1. 1956
(Räte der Bezirke wurden im Mai 1956 durch die Hauptverwaltung verständigt.)
6. Einführung eines Lohnzuschlages von 12% für Fahrer von Kraftomnibussen über 45 Plätze.
Gültig ab 1. 5. 1956
(Ministerratsbeschuß vom 18. 5. 1956.)
(1. Anordnung vom 22. 5. 1956 wurde den Räten der Bezirke zugeleitet.)
7. Einführung von
 - a) Jahresprämien für alle Beschäftigten in den Nahverkehrsbetrieben,
 - b) Monatsleistungsprämie für Fahrer und Schaffner der Straßenbahnen,
 - c) I- und M-Gruppen in den Nahverkehrsbetrieben,
 - d) Fahrzulagen für alle Fahrer und Schaffner der Straßenbahnen.Gültig ab 1. 5. 1956
(1. Anordnung vom 22. 5. 1956 wurde den Räten der Bezirke zugeleitet.)
8. Nachtrag der Lohnanlagen zur Direktive des Ministeriums für Verkehrswesen und des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Eisenbahn zum Abschluß der Betriebskollektivverträge 1956 Teil II für die Ausbesserungswerke der Deutschen Reichsbahn einschließlich Weichenwerk Brandenburg-West und Sägewerk Müritz.
Gültig ab 16. 11. 1956
Registriert unter der Nummer VI 6/57 am 16. 11. 1956.
(Druckstücke wurden den Räten der Bezirke zugestellt.)
9. Nachtrag zu den Lohnanlagen zur Direktive des Ministeriums für Verkehrswesen und des Zentralvorstandes der IG Eisenbahn zum Abschluß der Betriebskollektivverträge 1956 Teil I für die Betriebe und Dienststellen der Deutschen Reichsbahn mit Ausnahme der Ausbesserungswerke der Deutschen Reichsbahn, des Weichenwerkes Brandenburg-West einschließlich der Außenstellen des Reichsbahn-Baubetriebes, des Reichsbahn-Kraftwerkes Muldenstein.
Gültig mit Abschluß des Betriebskollektivvertrages, spätestens ab 1. 4. 1956.
Registriert unter der Nummer VI 1—5 41 am 30. 7. 1956.
(Druckstücke wurden den Räten der Bezirke gesandt.)

Wirtschaftszweig Land und Forst

1. Einführung des Leistungslohnes in den VdGB (BHG)

Lohnsätze der Lohngruppen	I	II	III	IV	V	VI
Zeitlohn	0,80	0,85	0,94	1,04	1,19	1,36

- a) Leistungsgrundlohn 0,92 0,98 1,08 1,20 1,37 1,56
 b) Prämienzahlung für das leitende kaufmännische Personal sowie für Verkaufskräfte in Bauernläden und ähnlichen Verkaufsstätten.
 c) Persönliche Konten für Kraftfahrer.

Gültig a), b), c) ab 1. 1. 1956

(Direktiven hierüber liegen bei den VdGB-Bezirks- und Kreisvorständen zur Einsicht vor.)

2. Lohn- und Gehaltsabkommen der volkseigenen Rennbetriebe.

Gültig ab 1. 1. 1956

Registriert unter der Nummer XII/9/3 am 12. 1. 1956.
 (Gesetzliche Unterlagen befinden sich bei den Rennbetrieben.)

3. Lohnabkommen für nicht ständige Begleiter von Tiertransporten.

Gültig ab 9. 4. 1956

Registriert unter der Nummer XII/1/11 am 9. 3. 1956.
 (Druckstücke wurden den Räten der Bezirke zugeleitet.)

4. Anweisung über die Vergütung für die an Renntagen Beschäftigten.

Wurde am 12. 3. 1956 vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung bestätigt.

(Gesetzliche Unterlagen befinden sich bei den Rennbetrieben.)

5. Lohn- und Gehaltsabkommen der volkseigenen Besamungs- und Deckstationen.

Gültig ab 23. 3. 1956

Registriert unter der Nummer XII/7/13 am 23. 3. 1956.

(Text des Abkommens liegt bei der Abteilung Landwirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise.)

6. Lohnvereinbarung über die Bezahlung der Produktionsarbeiter in den Betrieben der Landschaftsgestaltung in der Deutschen Demokratischen Republik.

Gültig ab 4. 4. 1956

Registriert unter der Nummer XII/10/15 am 4. 4. 1956.

(Text der Vereinbarung liegt bei der Abteilung Landwirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise.)

7. Nachtrag zu den Anlagen zur Direktive des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Land und Forst über den Abschluß von Betriebskollektivverträgen 1955 für die Maschinen-Traktoren-Stationen, MTS-Motoreninstandsetzungswerke, MTS-Spezialwerkstätten und Lehrkombinate.

Gültig ab 1. 4. 1956

Registriert unter der Nummer XII/2/19 am 11. 4. 1956.

(Druckstücke wurden an die Räte der Bezirke gesandt.)

8. Nachtrag zum Lohn- und Gehaltsabkommen der Deutschen Saatguthandelsbetriebe.

(Beinhaltet eine Erweiterung bestimmter Tätigkeitsmerkmale.)

Gültig ab 25. 4. 1956

Registriert unter der Nummer XII/8/24 am 25. 4. 1956.

(Druckstücke wurden an die Räte der Bezirke gesandt.)

9. Nachtrag zu den Anlagen des Betriebskollektivvertrages der Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe für 1956.

(Regelt die Entlohnung des ingenieurtechnischen Personals — Einführung der J-Gruppen —, der Hauptbuchhalter — Aufnahme der Gehaltsgruppen IX und X — und der Ausbildungsleiter, sowie einige Veränderungen in den Tätigkeitsmerkmalen.)

Gültig ab 15. 5. 1956

Registriert unter der Nummer XII/3/28 am 15. 5. 1956.

(Druckstücke wurden an die Räte der Bezirke gesandt.)

10. Regelung der Entlohnung der Trainer und Jokeys.

Gültig: Für Jokeys ab 20. 5. 1956, für Trainer ab 1. 1. 1957.

Wurde am 16. 5. 1956 vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung bestätigt.

(Gesetzliche Unterlagen befinden sich bei den Rennbetrieben.)

11. Nachtrag zu den Anlagen zur Direktive des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Land und Forst über den Abschluß von Betriebskollektivverträgen 1955 für die Maschinen-Traktoren-Stationen, MTS-Motoreninstandsetzungswerke, MTS-Spezialwerkstätten und Lehrkombinate.

(Hiermit wurden einige Bestimmungen des Nachtrages unter 7. außer Kraft gesetzt, s. oben.)

Gültig ab 1. 4. 1956

Registriert unter der Nummer XII/2/40 am 23. 7. 1956.

(Druckstücke wurden an die Räte der Bezirke gesandt.)

12. Anlage zur Direktive des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Land und Forst für den Abschluß des Betriebskollektivvertrages 1956 in den VEB (K) für Mast von Schlachtvieh.

Gültig ab 29. 8. 1956

Registriert unter der Nummer XII/4/46 am 29. 8. 1956.

(Druckstücke wurden an die Räte der Bezirke gesandt.)

Handel und Lebensmittelindustrie

1. Vereinbarung zwischen dem Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel, dem Ministerium für Handel und Versorgung und dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften.

(Die Vereinbarung hat die Gewährung von Sonderzuschlägen an Verkaufsstellenleiter und Verkaufskräfte in Frischfischverkaufsstellen des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels zum Inhalt.)

Gültig ab 23. 5. 1956

Registriert unter der Nummer X/1, 2 und 6/30 am 23. 5. 1956.

(Veröffentlicht in „Verfügungen und Mitteilungen“ des Ministeriums für Handel und Versorgung Nr. 11/56.)

2. Vereinbarung über die Entlohnung der Beschäftigten in den konsumgenossenschaftlichen Gaststätten. (Hiernach erfolgt die Entlohnung der Beschäftigten in den genossenschaftlichen Gaststätten nach dem Lohn- und Gehaltsabkommen für die Beschäftigten in den HO-Gaststätten der Deutschen Demokratischen Republik.)
Gültig ab 1. 1. 1957
Registriert unter der Nummer X 9 48 am 13. 9. 1956.
(Veröffentlicht in „Verfügungen und Mitteilungen“ des Ministeriums für Handel und Versorgung.)
3. Nachtrag zum Lohn- und Gehaltsabkommen für die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 15. 10. 1952. (Beinhaltet die Festlegung der Lehrlingsvergütung für eine zweijährige Lehrzeit.)
Gültig ab 5. 10. 1956
Registriert unter der Nummer X 3 53 am 5. 10. 1956.
(Veröffentlicht unter „Verfügungen und Mitteilungen“ des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf, Nr. 10 vom 10. 10. 1956.)
4. Prämienvereinbarung für das Verkaufspersonal in den Mitropabetrieben.
(Die Vereinbarung wurde analog der Prämienvereinbarung für den staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel abgeschlossen.)
Gültig ab 1. 10. 1956
Registriert unter der Nummer XV 17 54 am 2. 11. 1956.
(Druckexemplare werden nach Fertigstellung den Räten der Bezirke zugeleitet.)
5. Sondervereinbarung über die Entlohnung der Beschäftigten in den Inter-Shop.
Gültig ab 19. 11. 1956
Registriert unter der Nummer X/2/58 am 19. 11. 1956.
(Rat des Bezirks Leipzig und Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Handel und Versorgung, wurden durch das Ministerium für Handel und Versorgung informiert.)
6. Prämienvereinbarung für den staatlichen Einzelhandel (HO) und für den konsumgenossenschaftlichen Einzelhandel (Konsum).
Gültig ab 1. 10. 1956
Registriert unter der Nummer X/1-2/52 am 1. 10. 1956.
(Druckstücke wurden an die Räte der Bezirke gesandt.)
7. Vereinbarung über die Beteiligung der Verkaufskräfte in den Industrieläden des Ministeriums für Leichtindustrie lt. Prämienvereinbarung für den staatlichen Einzelhandel (HO) und für den konsumgenossenschaftlichen Einzelhandel (Konsum).
Gültig ab 1. 10. 1956
Registriert unter der Nummer X/12 64 am 11. 12. 1956.
(Die Industrieläden wurden durch ihre zuständige Hauptverwaltung in Kenntnis gesetzt.)
8. 1. Nachtrag zur Prämienvereinbarung für den staatlichen Einzelhandel (HO) und den konsumgenossenschaftlichen Einzelhandel (Konsum). (Neufassung des 3. und 4. Abs. des § 5 der Prämienvereinbarung.)
Gültig ab 1. 10. 1956
Registriert unter der Nummer X 1-2 63 am 7. 12. 1956
(Die Abteilung Handel und Versorgung der Räte der Bezirke wurde durch das Ministerium für Handel und Versorgung informiert.)

Kultur

1. Lohn- und Gehaltsabkommen der volkseigenen Kreislichtspielbetriebe in der Deutschen Demokratischen Republik.
Gültig ab 1. 6. 1956
Registriert unter der Nummer IV-2/31 am 25. 5. 1956.
(Druckstücke wurden den Räten der Bezirke zugeleitet.)
2. Regelung der Vergütung der Schwimmmeister.
Gültig ab 1. 1. 1956
(Anordnung vom 6. 6. 1956, veröffentlicht GBl. Teil II Nr. 26/56.)
3. Regelung der Vergütung der Trainer und Sportlehrer der demokratischen Sportbewegung.
Gültig ab 1. 7. 1956
(Verordnung vom 28. 6. 1956, veröffentlicht GBl. Teil I Nr. 61/56.)

Gesundheitswesen

Neuregelung der Entlohnung für das mittlere medizinische Personal im staatlichen Gesundheitswesen.
Gültig ab 1. 5. 1956
Registriert unter der Nummer VIII/1/29 am 17. 5. 1956.
(Druckstücke wurden den Räten der Bezirke zugesandt.)

VBV

Gehaltsvertrag für die Angestellten des Außendienstes der Deutschen Versicherungs-Anstalt.
Gültig ab 1. 7. 1956
Registriert unter der Nr. XVIII/1/27 am 7. 5. 1956.
(Druckstücke sind in den Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen der Deutschen Versicherungs-Anstalt vorhanden.)

Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung

Polewicz
Abteilungsleiter

Erläuterungen

zur Ersten Durchführungsbestimmung vom 4. 2. 57 zum Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit — Lohndirektive*) — (GBl. Teil I, Nr. 13, S. 117)

Die internationale Arbeiterklasse kämpft seit Jahrzehnten um die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Dieser Kampf der Arbeiterbewegung ist unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine Lebensnotwendigkeit, da der Arbeitsprozeß infolge des kapitalistischen Profitstrebens eine gewaltige Intensivierung auf Kosten des Arbeiters erfährt, die zu vorzeitigem Nachlassen der Arbeitskraft und zur Frühinvalidität führt.

Unter sozialistischen Produktionsverhältnissen dagegen vollzieht sich die Verkürzung der Arbeitszeit auf einer

*) Im weiteren nur noch Lohndirektive genannt.

anderen politischen und ökonomischen Grundlage. Die Werktätigen sind Eigentümer der Produktionsmittel. Die Früchte ihrer Arbeit kommen ihnen selbst zugute.

Die Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, die weitere Einführung und Anwendung der modernen Technik, die Erhöhung der Qualifikation aller Werktätigen und vielseitige technisch-organisatorische Maßnahmen in den Betrieben geben die Möglichkeit, die 45-Stundenwoche schrittweise einzuführen. Die Werktätigen in den sozialistischen Industriebetrieben sowie im Verkehrs- und Nachrichtenwesen, sind sich bewußt, daß dies nur dann von Vorteil ist, wenn alle im Plan vorgesehenen Produktionsaufgaben unter Einhaltung des Arbeitskräfteplanes und des Lohnfonds erfüllt bzw. übererfüllt werden.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ging bei ihrer Beratung über die Einführung der 45-Stundenwoche davon aus, daß diese für jene Werktätigen der sozialistischen Industrie, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens ohne Lohnminderung wirksam werden soll, die bisher eine gesetzliche Arbeitszeit von mehr als 45 Stunden in der Woche hatten. Die Neuregelung der Arbeitszeit gilt also nicht für Halbtagsbeschäftigte, Stundenkräfte und Jugendliche sowie für Arbeiter und Angestellte, die bereits auf Grund der Anordnung vom 1. Juli 1954 über die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei Arbeiten unter besonders schweren oder gesundheitsgefährdenden Bedingungen (ZBl. S. 305) bzw. auf Grund von Arbeitsschutzanordnungen 45 Stunden oder weniger in der Woche arbeiten. Die ständige Fürsorge unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates um die Erhaltung der Gesundheit und Schaffenskraft der Werktätigen hat bereits vor vielen Jahren für diese Werktätigen Verbesserungen hinsichtlich der Arbeitszeit und anderer Arbeitsbedingungen geschaffen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es uns möglich geworden, durch die schrittweise Einführung der 45-Stundenwoche einen weiteren Punkt des umfangreichen Sozialprogramms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und unserer Regierung zu verwirklichen, der Verbesserungen für mehr als 2,6 Millionen Werktätige bringt.

Entsprechend dem Charakter unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates ist im § 1, Absatz 1 des Gesetzes über Verkürzung der Arbeitszeit (GBI. Teil I, Nr. 8, Seite 73) festgelegt, daß die Einführung der 45-Stundenwoche zu keiner Lohnminderung für die Werktätigen führen darf. Es ist erforderlich, diese Bestimmung bei der Einführung der 45-Stundenwoche politisch und ökonomisch richtig, unter Beachtung einheitlicher Gesichtspunkte, anzuwenden. Zu diesem Zweck gab das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand des FDGB zur Regelung aller Lohnfragen die Erste Durchführungsbestimmung vom 4. 2. 1957 zum Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit heraus (GBI. Teil I Nr. 13, S. 117). Es muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß nur diese Durchführungsbestimmung eine gesetzliche Grundlage für die Entlohnung darstellt. Alle anderen Anweisungen und Verfügungen sind damit gegenstandslos.

Zur einheitlichen Anwendung dieser Durchführungsbestimmung werden folgende offiziellen Erläuterungen gegeben:

Zum § 1 der Lohndirektive:

Die wichtigste Aufgabe bei der Einführung der 45-Stundenwoche ist die Sicherung der Erfüllung aller staatlichen Planaufgaben unter Einhaltung des Lohnfonds

und des Arbeitskräfteplans. Deshalb ist es erforderlich, daß die Werkleitungen mit Unterstützung ihrer Hauptverwaltungen bzw. der Abteilungen örtliche Wirtschaft bei den Räten der Bezirke bereits vor der Einführung der verkürzten Arbeitszeit einen Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen ausarbeiten, der vor allen beinhalten muß, wie durch

Verbesserung der Arbeitsorganisation und Anwendung der rationellsten Fertigungsverfahren,

Einführung der weiteren Mechanisierung bei Ausschöpfung der innerbetrieblichen Reserven,

verstärkte Einführung von Neueremethoden und Anwendung von Mehrmaschinenbedienung,

Weiterentwicklung des sozialistischen Wettbewerbs und Verbesserung der Arbeitsdisziplin

die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden kann.

Bei der Einführung der 45-Stundenwoche auf Grund des Gesetzes vom 19. 1. 1957 handelt es sich um eine Veränderung der Arbeitszeit, jedoch nicht um eine Lohnregelung. Deshalb ist auch dem Absatz 2 des § 1 der Lohndirektive, der festlegt, daß die jeweils für die einzelnen Betriebe geltenden und angewandten Lohn- und Gehaltstarife unverändert bleiben, besondere Beachtung zu schenken.

Zum § 2 der Lohndirektive — Regelung der Entlohnung der Zeitlehner —

Nach § 2, Absatz 1—2 der Lohndirektive wird für Arbeiter im Stundenlohn (Zeitlehner und Prämienzeitlehner) ein Lohnminderungsausgleich in Höhe von 6,66% des ihnen in der 45-Stundenwoche zustehenden tariflichen Zeitlohnes gewährt, während Monatslöhne und Gehälter unverändert bleiben. Im Monatslohn und Gehalt ist somit der durch die Einführung der 45-Stundenwoche erforderliche Lohnausgleich für die ausfallenden Stunden bereits enthalten.

Bei der Festlegung eines ständigen Lohnminderungsausgleiches für die Zeitlehner muß davon ausgegangen werden, daß die Zeitlehner in der 45-Stundenwoche die gleiche Arbeitsleistung wie vorher in der 48-Stundenwoche zu erbringen haben.

In den Absätzen 2—4 des § 2 wird näher auf die Regelung der Entlohnung für im Prämienzeitlohn Beschäftigte eingegangen. Für diesen Personenkreis ist in jedem Falle ein Lohnminderungsausgleich in Höhe von 6,66% auf den tariflichen Zeitlohn zu gewähren. Zur Sicherung des bisherigen Lohnes ist vorgesehen, daß im Zusammenhang mit der Durchführung technisch-organisatorischer Maßnahmen die bisherigen Prämienysteme entsprechend den neuen Bedingungen der 45-Stundenwoche kurzfristig überarbeitet und neu bestätigt werden. Diese Überarbeitung muß innerhalb von 3 Monaten abgeschlossen sein. In diesem Zeitraum kann bis zur Neubestätigung des Prämienystems ein Lohnminderungsausgleich bis zur Höhe von 6,66% auf die in der 45-Stundenwoche erzielte Zeitlohnprämie gezahlt werden.

Die Kann-Bestimmung wurde aufgenommen, da für die Prämienzeitlehner von den Werkleitungen die Bedingungen geschaffen werden können, die es den Prämienzeitlehnern ermöglichen, höhere Arbeitsergebnisse und damit die bisherige Mehrleistungsprämie wieder zu erreichen. Hier liegen ähnliche Prinzipien wie bei den Leistungslöhnern zugrunde, da bei Durchführung geeigneter Maßnahmen, der für die Mehrleistungsprämie gezahlte Ausgleich sinken bzw. ganz wegfallen kann.

Beispiele zu den Absätzen 1—4 des § 2

Ein Zeitlöhner der Lohngruppe V erhält nach der Lohn-
tafel IV, „Übrige Metallindustrie“, in der Ortsklasse I
einen tariflichen

Stundenlohn von 1,30 DM,	
bisher 48 Stunden wöchl. zu 1,30 DM	= 62,40 DM
jetzt 45 Stunden wöchl. zu 1,30 DM	= 58,50 DM
plus 6,66% Lohnminderungsausgleich	= 3,90 DM
	<u>62,40 DM</u>

Bei Prämienzeitlöhnern, für die das Prämiensystem
noch nicht überprüft und neu bestätigt wurde (Ein-
stufung des Arbeiters wie oben)

bisher 48 Stunden wöchl. zu 1,30 DM	= 62,40 DM
durchschnittlich 10% Prämie	= 6,24 DM
	<u>68,64 DM</u>

Jetzt 45 Stunden wöchl.

zu 1,30 DM	= 58,50 DM
plus 6,66% Ausgleich	
zu 58,50 DM	= 3,90 DM
	<u>62,40 DM</u>
durchschnittl. 10% Prämie zu 58,50 DM	= 5,85 DM
plus 6,66% Lohnminderungs- ausgleich von 5,85 DM	= 0,39 DM
	<u>68,64 DM</u>

Prämienzeitlöhner, für die das Prämiensystem neu be-
stätigt worden ist (die Einstufung des Arbeiters bleibt
wie oben)

jetzt 45-Stundenwoche	
zu 1,30 DM	= 58,50 DM
plus 6,66% Lohnminderungs- ausgleich von 58,50 DM	= 3,90 DM
	<u>62,40 DM</u>
plus 11% Prämie von 58,50 DM	= 6,43 DM
	<u>68,83 DM</u>

Hier entfällt ein Lohnminderungsausgleich auf die Zeit-
lohnprämie.

In der Lohndirektive ist im § 2, Absatz 6 und 7 fest-
gelegt, daß den neu eingestellten Zeitlöhnern wie auch
den jugendlichen Zeitlöhnern, die das 18. Lebensjahr
lendet haben, der Lohnminderungsausgleich zu zah-
len ist. Damit wird den geltenden gesetzlichen Bestim-
mungen, besonders denen des Gesetzes der Arbeit,
Rechnung getragen, wonach allen Werkträgern über
18 Jahre ein Lohn für eine 48stündige Arbeitszeit
garantiert ist. Hiervon kann jedoch nicht abgeleitet
werden, daß für jugendliche Zeitlöhner unter 18 Jahren
wie auch für Beschäftigte, die bisher schon 45 Stunden
und weniger arbeiteten (beispielsweise Halbtagsbeschäf-
tigte und Stundenkräfte) ein Lohnminderungsausgleich
gezahlt wird. Für diesen Personenkreis tritt mit der
Einführung der 45-Stundenwoche weder eine Verkür-
zung der Arbeitszeit noch eine Lohnminderung ein.
Eine Ausgleichszahlung würde hier eine Lohnerhöhung
bedeuten, die jedoch mit der Verkürzung der Arbeits-
zeit auf 45 Stunden nicht beabsichtigt war und auch in
keiner Weise eine gesetzliche Grundlage hat.

**Zum § 3 der Lohndirektive — Regelung der Entlohnung
der Leistungslöhner —**

Die Lohndirektive legt im § 3 fest, daß den im
Leistungslohn Beschäftigten auf Grund von technisch-
organisatorischen Maßnahmen die Möglichkeit zu geben
ist, durch eine erhöhte Arbeitsproduktivität innerhalb
von 3 Monaten ihr altes Produktionsergebnis und damit
ihren alten Lohn zu erreichen. Dabei ist zu berücksich-
tigen, daß in den Fällen, wo die Notwendigkeit der Ge-

währung eines Lohnminderungsausgleiches besteht, die-
ser nur gezahlt werden kann, wenn auf Grund der
Arbeitszeitverkürzung eine Lohnminderung erfolgte.

Die Festlegung im Absatz 5, daß der für Leistungslohn-
arbeiter gezahlte Lohnminderungsausgleich die Höhe
des Vormonats nicht überschreiten darf, trägt der Tat-
sache Rechnung, daß mit dem Wirksamwerden der tech-
nisch-organisatorischen Maßnahmen die Möglichkeit zu
einer Verringerung des Lohnminderungsausgleiches von
Monat zu Monat gegeben ist. Lohnschwankungen, die
auf andere Ursachen als der Verkürzung der Arbeitszeit
zurückzuführen sind, können bei der Gewährung eines
Lohnminderungsausgleiches nicht berücksichtigt werden.

In ganz außerordentlichen Fällen — auf Arbeitsplät-
zen, wo man die Erfüllung der geplanten Produktions-
aufgaben nicht innerhalb von 3 Monaten in vollem
Umfange durch Steigerung der Arbeitsproduktivität
sichern kann — (z. B. bei der Bedienung von Aggrega-
ten, wo die Erhöhung der Produktivität völlig von
deren Leistung abhängt) besteht entsprechend Absatz 4
die Möglichkeit, den Lohnminderungsausgleich auch
über die Dauer von 3 Monaten hinaus zu zahlen. In
diesen Fällen sind die Betriebe besonders zu verpflich-
ten, durch zweckmäßigen Einsatz der Arbeitskräfte,
durch Vergrößerung der Zahl der Arbeiter in der
materiellen Produktion (Verringerung des Verwaltungs-
personals) zu sichern, daß sowohl der Lohnfonds als
auch der Arbeitskräfteplan nicht überschritten werden.

Bei der Neueinstellung von Leistungslöhnern sowie bei
der Umstufung von Leistungslöhnern in höhere Lohn-
gruppen als auch bei der Überführung von im Zeitlohn
Beschäftigten in den Leistungslohn, wird gemäß Ab-
satz 9 dem Werkleiter die Möglichkeit gegeben, diesen
Kollegen den durchschnittlichen Lohnminderungsaus-
gleich ihrer Brigade bzw. ihres Bereiches zu gewähren.
Diese Möglichkeit hat der Werkleiter nur, solange im
Betrieb auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestim-
mungen für die entsprechende Arbeit ein Lohnminder-
ungsausgleich gewährt wird. Umsetzungen in andere
Betriebe sind in dieser Frage wie Neueinstellungen zu
behandeln.

Beispiele zum § 3 der Lohndirektive

Ein Leistungslöhner ist in Lohngruppe V der Lohn-
tafel IV „Übrige Metallindustrie“, Ortsklasse I, einge-
stuft und erhält einen Leistungsgrundlohn von 1,50 DM
pro Stunde.

Bisher 48 Stunden zu 1,50 DM	= 72,— DM
durchschnittl. Normenerfüllung 130%	= 21,60 DM
	<u>93,60 DM</u>

Jetzt 45 Stunden zu 1,50 DM	= 67,50 DM
Normenerfüllung 130%	= 20,25 DM
	<u>87,75 DM</u>
plus Lohnminderungsausgleich	
= 6,66% von 87,75 DM	= 5,85 DM
	<u>93,60 DM</u>

Auf Grund der eingeleiteten technisch-organisatorischen
Maßnahmen wurden die Bedingungen geschaffen, daß
der Leistungslöhner nach Einführung der 45-Stunden-
woche eine Normerfüllung von 135% erreichen konnte.

In diesem Falle errechnet sich der Lohn wie folgt.

45 Stunden zu 1,50 DM	= 67,50 DM
135% Normenerfüllung	= 23,62 DM
	<u>91,12 DM</u>
Lohnminderungsausgleich (2,72%)	= 2,48 DM
	<u>93,60 DM</u>

Mit dem Wirksamwerden der technisch-organisatorischen Maßnahmen erreicht der Arbeiter eine höhere Produktivität pro Stunde (Normenerfüllung 138,7%).

Errechnung des Lohnes:

45 Stunden zu 1,50 DM	= 67,50 DM
138,7% Normenerfüllung	= 26,12 DM
	93,62 DM

Hier ist weder die Berechnung noch die Zahlung eines Lohnminderungsausgleiches erforderlich, da der Leistungslöhner seinen alten Lohn wieder erreicht hat.

Besondere Beachtung verdient der Absatz 6 des § 3 der Lohndirektive, der besagt, daß keine Zahlung des Lohnminderungsausgleiches erfolgen kann, wenn der bisherige Lohn aus anderen Gründen als der Einführung der 45-Stundenwoche nicht erreicht wird. Die sonstigen gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitsrechtes über die Lohnung entsprechend der geleisteten Arbeit und Ausgleichszahlungen bleiben davon unberührt.

Ausgehend vom § 2, Absatz 1 des Gesetzes über die Verkürzung der Arbeitszeit ist in der Lohndirektive unter Absatz 8 des § 3 festgelegt, daß bei der Ermittlung des Lohnausgleichbetrages für Leistungslöhner in der Regel vom Lohn (Leistungsgrundlohn plus Verdienst auf Grund der Normenübererfüllung) der letzten 13 Wochen vor Einführung der Verkürzung der Arbeitszeit auszugehen ist. Dabei kann die Formulierung „... in der Regel...“ nur so verstanden werden, daß in Ausnahmefällen in Wirtschaftszweigen, wo große Schwankungen des Lohnes im Verlauf eines Jahres auftreten, mit Zustimmung des Ministers für Arbeit und Berufsausbildung bei der Ermittlung des Ausgleichsbetrages vom Lohn des letzten Planjahres vor Einführung der 45-Stundenwoche ausgegangen werden kann.

Der Gesetzgeber bringt im § 3, Absatz 8 der Lohndirektive eindeutig zum Ausdruck, daß alle Vergütungen, wie einmalig gewährte Prämien, Trennungs-, Wege- und Fahrgelder, Montageauslösungen, Erschwerniszuschläge, Zuschläge für Überstunden, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie andere derartige Zuschläge oder Vergütungen bei der Ermittlung des Lohnausgleichsbetrages nicht zu berücksichtigen sind. Es werden also bewußt nicht Begriffe wie Bruttodurchschnittsverdienst, Nettodurchschnittsverdienst u. dgl. gebraucht.

Bei Berücksichtigung der Interessen der Werkstätten, die im Verlauf ihrer gesamten Arbeitszeit unter erschwerten Bedingungen arbeiten, wird durch den § 4, Absatz 4 der Lohndirektive die Möglichkeit gegeben, bei diesen Kollegen die Erschwerniszuschläge zu berücksichtigen. Dabei können die Bestimmungen dieses Paragraphen im Prinzip nur für solche Zeit- und Leistungslöhner Anwendung finden, die bei Einführung der 45-Stundenwoche einen Ausfall von Erschwerniszuschlägen bis zur Höhe von 3 Stunden je Woche bzw. bei Wegfall der 6. Nachtschicht im Drei-Schichten-Betrieb bis zu 9 Stunden in 3 Wochen haben.

Tritt dies ein, so ist für diese Zeit die Differenz der Erschwerniszuschläge entsprechend den feststehenden Sätzen in den gewährten Lohnminderungsausgleich einzubeziehen. Das bedeutet, daß ein einheitlicher Lohnminderungsausgleich zu zahlen ist, der sich mit dem Wirksamwerden der technisch-organisatorischen Maßnahmen und entsprechender höherer Normenerfüllung verringert bzw. ganz wegfällt. Sofern vor Einführung der 45-Stundenwoche in den letzten 13 Wochen innerhalb von 48 Stunden für die gesamte Zeit keine bzw. weniger als 48 Stunden Erschwerniszuschläge gezahlt worden sind, werden diese im Lohnminderungsausgleich nicht berücksichtigt. Auch dort, wo der Arbeiter nur zeitweise für ganz bestimmte Stunden seiner Tätigkeit Erschwerniszuschläge bekommen hat, können diese nicht berücksichtigt werden.

Hat beispielsweise ein Reparaturschlosser etwa 6 bis 8 Stunden pro Woche in einer Abteilung Reparaturen ausgeführt, in der er Dämpfen und starker Hitze ausgesetzt ist, so wird er auch nach Einführung der 45-Stundenwoche weiterhin für diese unter erschwerten Bedingungen gearbeitete Zeit einen Erschwerniszuschlag entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen auf seinen tariflichen Zeitlohn bzw. Leistungsgrundlohn erhalten.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß bei Leistungslöhnern, für die die genannten Gesichtspunkte gemäß § 4, Absatz 4 der Lohndirektive zutreffen, bei der Ermittlung des Lohnausgleichbetrages nach wie vor von den Bestimmungen des § 3, Absatz 8 der Lohndirektive auszugehen ist.

Zu § 4 der Lohndirektive — Allgemeine Grundsätze

Der Zeitpunkt der Einführung der 45-Stundenwoche ist für einzelne Industriezweige durch das Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit bestimmt. Sofern das nicht der Fall ist, entscheidet hierüber die Zentrale Regierungskommission zur Lenkung der Einführung der verkürzten Arbeitszeit.

Entsprechend Absatz 1 des § 4 der Lohndirektive ist jede nach dem festgelegten Termin für die Arbeitszeitverkürzung über die 7½stündige oder betrieblich vereinbarte Arbeitszeit im Rahmen der 45-Stundenwoche hinaus geleistete Arbeit, Überstundenarbeit. Sofern ein Betrieb später mit der Einführung der 45-Stundenwoche beginnt, als es lt. Anordnung des Fachministers festgelegt wurde, gilt die Arbeitszeit, welche die betrieblich vereinbarte Arbeitszeit entsprechend der 45-Stundenwoche überschreitet, als Überstundenarbeit.

Auf die Überstundenarbeit finden alle gesetzlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung dessen, daß die gesetzliche tägliche Arbeitszeit dieser Werkstätten 7½ Stunden täglich und 45 Stunden wöchentlich beträgt, Anwendung. Bei Monatslöhnern und Angestellten wird die Überstundenarbeit mit $\frac{1}{200}$ des Monatslohnes bzw. -gehaltes und ein hierzu zu berechnender Zuschlag von 25% bezahlt.

Die weitere Zugrundelegung von $\frac{1}{200}$ für die Überstundenvergütung als auch für die Zahlung von Erschwernis-, Sonn- und Feiertagszuschlägen u. a. (siehe § 4, Abs. 2 und 3 der Lohndirektive) ist erforderlich, da in dem gewährten Gehalt oder Monatslohn der Lohnminderungsausgleich, den der Stundenlöhner (Zeitlöhner) in Höhe von 6,66% auf den in der 45-Stundenwoche gewährten tariflichen Zeitlohn erhält, enthalten ist.

Monatslohn- oder Gehaltsempfängern wird also ein Monatslohn bzw. -gehalt von 195 Stunden mal den bisherigen Stundenlohn und ein Lohnausgleich bis zu 208 Stunden gezahlt. Bei der Berechnung eines Stundenlohnes der Gehaltsempfänger gilt es, dieser Tatsache Rechnung zu tragen, besonders in den Fällen, wo die Zahlung von Lohnminderungsausgleich nicht erfolgen kann. (Siehe § 4, Abs. 7 der Lohndirektive.)

Entsprechend Absatz 6 des § 4 der Lohndirektive ist der Lohnminderungsausgleich bei der Berechnung des Durchschnittsverdienstes zu berücksichtigen, so z. B. bei der Berechnung der Urlaubsvergütung (§ 13 der Verordnung über Erholungsurlaub), des Nettodurchschnittsverdienstes für die Zahlung von Lohnausgleich (§§ 26 27 der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werkstätten), des Durchschnittsverdienstes, den Arbeiter der Lohngruppe V bis VIII bei Zuweisung einer Leistungslohnarbeit in einer niedrigeren Lohngruppe erhalten (§ 14 der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werkstätten) und in all den Fällen, in denen bei Freistellung oder aus sonstigen Gründen die Zahlung des Durchschnittsverdienstes gesetzlich garantiert wird.

Die Einbeziehung des Lohnminderungsausgleiches hat nach Abs. 8 auch bei der Zahlung des Durchschnittsverdienstes für Freistellungen zu Schulungen und Lehrgängen bis zur Dauer von 2 Wochen zu erfolgen. Bei Lehrgängen, welche die Dauer von 2 Wochen überschreiten, erhalten Monatslohn- und Gehaltsempfänger ihr bisheriges Gehalt, Zeitlöhner und Leistungslöhner den Zeit- bzw. Leistungsgrundlohn zuzüglich 6,66% als Lohnminderungsausgleich. Damit wird den Werktätigen auch während der Freistellung zu Schulungen oder Lehrgängen der Lohn für insgesamt 48 Stunden wöchentlich weiterhin garantiert.

Auch bei Freistellungen, für die nur der Zeitlohn gewährt wird, ist ein Lohnminderungsausgleich von 6,66% zu zahlen, z. B. bei der Gewährung von Hausarbeitstagen und den Freistellungen zur Wahrnehmung persönlicher Interessen (§ 33 der Verordnung über die Wahrnehmung der Rechte der Werktätigen).

In der Lohndirektive wird in Absatz 11 des § 4 abschließend eindeutig auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Mittel, die im Zusammenhang mit der Einführung der 45-Stundenwoche für die Zahlung eines Lohnminderungsausgleiches erforderlich sind, aus dem geplanten Lohnfonds der Betriebe finanziert werden müssen. Es gilt deshalb, der Durchführung schnell wirksam werdender technisch-organisatorischer Maßnahmen und der Ausnutzung aller Reserven größte Aufmerksamkeit zu schenken, damit durch eine ent-

sprechende Produktionssteigerung gegenüber dem Vorjahr ein schnelleres Wachstum der Arbeitsproduktivität in jedem Betrieb und Fachministerium die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen.

Die zuständigen staatlichen Organe müssen den Betrieben eine gute Unterstützung geben, damit die politisch-ökonomisch und organisatorisch richtige Durchführung der mit der Einführung der 45-Stundenwoche verbundenen Maßnahmen gewährleistet wird.

Sofern Unklarheiten über einzelne Fragen auftreten, ist es erforderlich, daß diese von Seiten der Betriebe an die für sie zuständigen Organe herangetragen werden, damit von dort aus eine einheitliche Klärung aller Probleme erfolgen und auftretende Schwierigkeiten überwunden werden können. Die Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung und die Leitungen der Betriebe müssen mit größter Verantwortung, besonders auch im Hinblick auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen in der Entlohnung an die Einführung der 45-Stundenwoche herangehen, um die Erfüllung aller staatlichen Planaufgaben und damit die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Werktätigen zu sichern.

Berlin, den 20. 2. 1957

gez. L ö h n,
Hauptabteilungsleiter

Gesetze finden - leicht gemacht

Ein alphabetisches Stichwortverzeichnis der geltenden gesetzlichen Bestimmungen von 1949 bis 1954

Format DIN A 5 · 500 Seiten · Ganzkunstdrucker 12,20 DM

Ergänzungsband

1. Januar 1955 bis 30. Juni 1956

Format DIN A 5 · 532 Seiten · Halbkunstdrucker 16,30 DM

Fast täglich werden von Mitarbeitern in der volkseigenen Wirtschaft und in den Organen der Staatsverwaltung wichtige Gesetzestexte in verstreut abgehefteten Gesetzblättern, Zentralblättern und alten Ministerialblättern dringend benötigt. Oft genug greift man in der Eile nach den überholten Verordnungen, Anordnungen, Anweisungen, Bekanntmachungen, Durchführungsbestimmungen usw.

Mit dem Grundwerk und dem Ergänzungsband haben die Bezieher die Möglichkeit, sekundenschnell alle Gesetzesquellen der bis Juni 1956 von der Volkskammer und der Regierung der DDR erlassenen Gesetze und Verordnungen usw. zu finden.

Zu erhalten beim Buchhandel



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN